

Mehrheit im Stadtparlament missachtet Vereinbarung mit den Sportvereinen in Dreieich

„Die Mehrheit aus CDU, FDP und FWG missachtet eine Vereinbarung aller Dreieicher Sportvereine vom 22.10.2002 und trägt mit ihrem Verhalten dazu bei, dass die Politikverdrossenheit, die Verlässlichkeit und das Vertrauen in die Politik weiter rapide sinkt“, sagte SPD-Ortsbezirksvorsitzender Walter Haller bei einer Vorstandssitzung des SPD-Ortsbezirks Offenthal nach der Verabschiedung des Haushaltes für 2008. Trauring mache ihn, dass die beiden Offenthaler Sportvereine FCO und Susgo auf die jahrelangen Aussagen der Politiker vertraut hätten und jetzt so bitter enttäuscht wurden. „Erklären Sie doch so etwas Kindern und Jugendlichen von 5 bis 18 Jahren, wenn so etwas gestandene langjährige Vorstandsmitglieder nicht verstehen“, so Haller weiter.

Hintergrund dieser Feststellung ist, dass in dem Entwurf zum Haushalt 2008 von Bürgermeister Dieter Zimmer für dringend notwendige Renovierung des Hartplatzes in Offenthal an der Messeler Straße bereitgestellten Mittel in Höhe von 425.000 Euro von der Koalition gestrichen wurden.

Haller dazu: Am 22.10.2002 (!) fand im Rathaus in Sprendlingen ein Gespräch mit den Sportvereinen aus Dreieich und dem damaligen Bürgermeister Berthold Olschewsky (damals noch CDU) statt, in dem Protokoll ist nachzulesen:

„Da der Hartplatz in Offenthal Am Sportplatz bautechnisch bei Schlechtwetter unter Wasser steht und verschlamm ist und keinen Trainings- oder Spielbetrieb ermöglicht, schlägt Herr Olschewsky vor, diesen vorrangig bei Umbaumaßnahmen von Hartplätzen auf Kunststoffrasenplätzen zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag findet auch bei allen Vereinsvertretern Zustimmung. Grundsätzlich wird aber kurzfristig kein Hartplatz oder Rasenplatz durch einen Kunstrasenplatz ersetzt werden“.

Nun, fünf Jahre später, wird ein Kunstrasenplatz in Sprendlingen gebaut, und die Koalition will von der Zusage aus 2002 nichts wissen. Im Gegenteil, sie überlegt, ob in 2009 der Platz in Offenthal oder evtl. ein zweiter in Sprendlingen gebaut werden soll.

Walter Haller dankte in der Sitzung ausdrücklich der Vorsitzenden des Sozialausschusses, der Offenthaler Stadtverordneten Eva-Maria Tempelhahn, für ihren Redebeitrag in der Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2007, in dem sie sich mit „Herzblut“ für die Belange der Offenthaler Sportvereine FCO und Susgo einsetzte. Leider ohne Erfolg. Eva-Maria Tempelhahn ging darauf ein, dass die Trainingsbedingungen in Offenthal von allen Stadtteilen am schlechtesten sind und der Platz am meisten frequentiert wird, 22 Mannschaften mit über 300 Kindern haben in den Monaten Oktober bis April keine Trainingsmöglichkeiten.

Die beiden größten Vereine in Offenthal haben zusammen ca. 1500 Mitglieder und nicht zu vergessen ist, dass die Susgo seit Jahren in der Bezirksoberliga spielt und damit der höchstklassige Fußball-Verein in Dreieich ist. Beide Vereine haben eine hervorragende Jugendarbeit, da es durch die Neubaugebiete viele Kinder und Jugendliche in Offenthal wohnen, die Fußball spielen wollen.

Die SPD wird weiter „am Ball“ bleiben, und darauf achten, dass die Zusagen gegenüber der Vereine, insbesondere der Offenthaler, eingehalten werden.

Weiter beschäftigte sich der SPD-Vorstand mit dem geplanten Park-&-Ride-Platz am Bahnhof in Offenthal. Haller erklärte, hier soll auf Wunsch der Koalition aus CDU, FWG und FDP ein Platz für 30 PKWs mit 200.000 Euro Steuergelder gebaut werden, es werden aber höchstens 5 bis 6 Abstellplätze und eine Fahrradanlage benötigt. Haller sagte, man sei sich einig, dass am Bahnhofsvorplatz in Offenthal eine Ortsverschönerung notwendig ist, aber keine Luxusausführung, die Grünanlage wegkommt, ein Baum gefällt werden muss und Parkplätze erstellt werden, die kein Mensch braucht, wie von der Koalition durchgepeitscht.

Walter Haller sagte, er ist davon überzeugt, nach der angekündigten Bürgeranhörung für den Bau der Park-&-Ride-Anlage in Offenthal, werden die Mehrheitsfraktion ihren Beschluss nochmals überdenken. Ein weiteres Desaster wie bei der geplanten Verlegung des Offenthaler Bahnhofs vor einigen Jahren und wie bei den eingeführten und dann wieder zurückgenommenen Nutzungsgebühren für die Stadtbücherei will die Mehrheit bestimmt nicht nochmals erleben.

Weiter beschäftigte sich der Vorstand mit der bevorstehenden Landtagswahl am 27.01.2008 und den guten Chancen für Eva-Maria Tempelhahn, das Direktmandat zu gewinnen, „die Chancen stehen gut“, so Walter Haller, wir haben eine Kandidatin die mit ihren vielfältigen Erfahrungen als Bürgermeisterin, Erste Kreisbeigeordnete und in der freien Wirtschaft den Wahlkreis gut vertreten wird.

Minigolf-Platz in Dreieichenhain

Der von CDU, FDP und FWG im Dreieicher Parlament geplanten Veräußerung des Minigolf-Platzes an der Koberstädter Straße tritt die SPD Dreieichenhain entschieden entgegen.

Seit über 40 Jahren wird dort Minigolf gespielt, der Platz ist ausgesprochen beliebt bei Jung und Alt. Er ist stets in gepflegtem Zustand, das ist den engagierten Mitgliedern zu verdanken, die den Platz in einem turniergerechten Zustand präsentieren. Nicht ohne Grund hatte die Minigolf-Abt. des SVD bereits einen Nationalspieler in ihren Reihen. Die Herrenmannschaft spielt in der Hessenliga und die Senioren nehmen seit zehn Jahren regelmäßig an deutschen Meisterschaften teil. Dies zeigt das hohe Niveau der Minigolfer, es wird höchsten Ansprüchen gerecht.

Innerhalb der Anlage befindet sich alter, schattenspendender Baumbestand. Auch deshalb hat sie für die Dreieichenhainer Erholungsqualität.

In Dreieichenhain gibt es kein adäquates anderes Gelände. Die Minigolfer lehnen eine Verlegung ihres Platzes ab (wohin auch?) – sie haben übrigens nur aus der Presse von dem Antrag von CDU, FDP und FWG erfahren, gesprochen hat mit ihnen niemand. Dies hat ihr Vorsitzender, Herr Pfeffer, bestätigt.

Die SPD Dreieichenhain unterstützt die Haltung die Minigolfer. Wir sehen nicht ein, dass auch noch der Minigolf-Platz für die verantwortungslose Politik der Herren Abeln, Olschewski und Hermanns erhalten soll. (Gisela Schäfer)

AK Soziales auf Spielplatz-Tour

An drei langen Vormittagen hat der Arbeitskreis Soziales der SPD-Fraktion die circa 40 Spielplätze in ganz Dreieich besucht und sich vor Ort über den Zustand der Spielplätze einen Eindruck verschafft.

Alle Spielplätze sind standardmäßig mit Sandkästen und Bänken, sowie mit Schaukeln, Klettern und Wippen ausgestattet. Natürlich sind uns Unterschiede zwischen neueren, besser ausgestatteten und phantasievoll gestalteten Spielplätzen und dann andererseits sogenannten „Altspielplätzen“ – noch aus dem Bestand der ehemals selbstständigen Gemeinden – aufgefallen, von denen einige offensichtlich auch nicht mehr so genutzt werden wie früher.

Zur ersten Gruppe gehören die Spielplätze

- „Auf den Lippsäckern“ in Offenthal am Kinderhaus mit einladender Landschaftsgestaltung, mit Terrassen und Spielberg,
 - der Spielplatz am Horst-Schmidt-Ring in Sprendlingen als großzügige, weiträumige Anlage mit vielen unterschiedlichen Geräten,
 - der große, sehr gut genutzte Spielplatz am Bürgerpark in Sprendlingen,
 - und nicht zuletzt der neueste der vielen Dreieicher Spielplätze in der Maria-Hall-Anlage in Sprendlingen neben dem Schwimmbad.
- Hier finden sich moderne, sehr gute, die Kreativität und Phantasie der Kinder anregende Geräte und Spielmöglichkeiten.

Zur zweiten Gruppe auch einige Beispiele. Hier sind die Spielgeräte zum Teil veraltet, Bänke und Sitzgruppen beschädigt und die ganze Anlage macht auf den ersten Blick keinen einladenden Eindruck, weder für spielende Kinder noch für beaufsichtigende Eltern oder Großeltern. Hierzu gehören die Spielplätze

- in Sprendlingen: an der Damaschke-Straße, an der Frankfurter Straße/Ecke Eingang Hirschsprung,
- in Götzenhain am Spitzenpfad und in der Schießgartenstraße
- in Offenthal der Spielplatz an der Bergstraße
- in Buchschlag am Hasenpfad und
- in Dreieichenhain an der Pestalozzianlage und an der Koberstädter Straße/Eschenweg.

Wobei wir insgesamt festgestellt haben, dass alle Plätze grundsätzlich ihre Funktion erfüllen, aber doch aufgrund von Alter, Lage, Ausstattung etc. unterschiedlich genutzt werden.

Der Verwaltung geben wir einige Anregungen weiter und hoffen auf schrittweise Umsetzung in nächster Zeit:

- anstelle von Holzeinfassungen um die Sandkästen herum sollten bei vielen Spielplätzen peu à peu die splinternden Pallsaden durch recyclebare Kunststoff-Pallsaden ersetzt werden – wie auf einigen Spielplätzen bereits beispielhaft geschehen.
- Tischtennisplatten sind zum Teil beschädigt und die Spielfläche ist aufgeraut und grob-holprig. Die Ballrichtung ist damit dem Zufall überlassen. Das sind z.B. die Tischtennisplatten auf den Plätzen: Im Höchsten, Untere Rheinstraße, Am Lachengraben, Gravenbruchstraße, Fasanenweg, Heckenweg.
- Einige Kleinkindergeräte, Karussells und Rutschen sind verrostet, bzw. defekt. Beispiele hierfür die Spielplätze „Im Höchsten“, die große Rutsche im Bürgerpark ist defekt und das Turnpferd am Horst-Schmidt-Ring ist kaputt. – Beispielhaft positiv ist die pflegeleichte Edelstahlrutsche an der unteren Rheinstraße.
- Bänke, Tische, Sitzgruppen zum Teil erneuern, da morsch, vermoost oder entwendet. Beispiele: Spielplätze an der Bergstraße, Am Tannenstumpf, Am Spitzenpfad, Frankfurter Straße Ecke Eingang Hirschsprung, Gravenbruchstraße, Schleusenstraße/Dörrewiese.

Dank einer Vier-Personen-Kolonnen der Stadt werden alle städtischen Spielplätze permanent inspiziert, kontrolliert, Abfalleimer geleert, Hundekot entfernt, alle Jahr der Sand ausgetauscht, aktuelle Schäden beseitigt und auch sonst nach dem Rechten geschaut. Auf unserer Tour konnten wir uns davon überzeugen, denn wir kamen unangemeldet zu unseren Spielplatzbesuchen und erlebten städtische Mitarbeiter live.

Seit einigen Jahren hat die Stadt eine Spiel-Platz-Hotline eingerichtet, mit der die Benutzer/innen der Spielplätze sich direkt an das zuständige Amt wenden können, wenn etwas zu beanstanden ist. Die Telefonnummer ist gut sichtbar auf allen Spielplätzen angebracht.

An drei Tagen – nach mehr als insgesamt 10-stündiger Rundtour – zu den Spielplätzen in Buchschlag, Sprendlingen, Dreieichenhain, Götzenhain und Offenthal konnten wir nur marginale Mängel und keine gravierenden Schäden feststellen. Es werden ja auch kontinuierlich und sukzessive immer wieder neue Spielgeräte angeschafft.

Der Bericht wird auch dem Bürgermeister und Sozialdezernenten Dieter Zimmer zur Kenntnis gegeben mit der Bitte, die Anregungen und Anliegen des AK Soziales aufzugreifen. (mb)

21.10.2007

Presseerklärung

Tempelhahn (SPD) prangert Schulschließungen und widersprüchliche Bildungspolitik an

CDU-Sprunghaftigkeit verunsichert Eltern und Kinder

Eva-Maria Tempelhahn, SPD-Kandidatin im Wahlkreis 44 für die Landtagswahl am 27. Januar 2008, fordert für die Zukunft eine klare Linie für die Bildungspolitik in Hessen. „Die Sprunghaftigkeit der CDU in den letzten Jahren hat den Schulen in Hessen massiv geschadet und die Schulkinder erheblich belastet“, so Eva-Maria Tempelhahn.

Als Beleg führt sie u.a. die überstürzte und konzeptionslose Einführung des verkürzten gymnasialen Bildungsganges (G-8) an. Auf der einen Seite räumt Kultusministerin Karin Wolff ein, dass die Klagen von Eltern, Kinderärzten und Verbänden über die Belastungen der Kinder berechtigt sind, auf der anderen Seite gibt es in der CDU keine Bereitschaft, sinnvoll darauf zu reagieren. Stattdessen sollen Unterrichtsinhalte vermehrt vom Gymnasium in die Grundschule verlagert werden. „Alle maßgeblichen Lehrgewerkschaften, angefangen von der GEW über den VBE bis hin zum hessischen Philologenverband, und auch der Landeselternbeirat, haben sich in seltener Einmütigkeit gegen dieses unausgereifte Vorhaben gewandt“, stellt Eva-Maria Tempelhahn fest. „Wir werden aus dem pädagogischen Desaster die notwendige Konsequenz ziehen und werden G-8 nach der Landtagswahl wieder rückgängig machen“, verspricht Tempelhahn.

Ein weiteres deutliches negatives Beispiel seien die Eingriffe in die Schulstruktur im Land. „Schulschließungen als Folge des neuen Schulgesetzes sind Beispiele für eine konzeptionslose Schulpolitik des Landes.“ Auch der Landkreis Offenbach blieb davon nicht verschont. So musste beispielsweise der Gymnasialzweig an der Neu-Isenburger Brüder-Grimm-Schule geschlossen werden. Besonders dreist findet Tempelhahn in diesem Zusammenhang, dass Kultusministerin Wolff noch Wochen vor der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes in einer Presseerklärung bestritten hat, dass mit dem Gesetz Pläne verknüpft seien, kleine und mittelgroße Schulen, bzw. Schulzweige zu schließen. Dies geschieht aber jetzt immer wieder. „Wie kann man einer Bildungspolitik noch glauben, die das eine behauptet und das Gegenteil unternimmt? Sprunghaftigkeit zeichnet das Bildungskonzept der CDU aus“, kritisiert Tempelhahn.

„Ich werde mich für eine ruhige, klare pädagogische Linie im Interesse der Kinder, der Bildung und der Chancengerechtigkeit einsetzen. Einen Bildungsfortschritt für Hessen kann es nur mit einer starken SPD geben“, so Tempelhahn abschließend.

M. 10.07

Tempelhahn (SPD) fordert eine klare Linie zum Nachtflugverbot

Eva-Maria Tempelhahn, die Kandidatin der SPD für die Landtagswahl für den Wahlkreis 44, Offenbach-Land I, am 27. Januar 2008, fordert eine klare Linie von der CDU in Bezug auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens. „Die Unklarheit der CDU zum Nachtflugverbot hat die Anwohner des Flughafens deutlich verunsichert,“ so Tempelhahn.

„Es kann nicht angehen, dass die Landesregierung sich in der Frage des Nachtflugverbots als Wackelkandidat zeigt. Während Bundesverkehrsminister Tiefensee klar zum vereinbarten Nachtflugverbot steht, tut Herr Koch so, als gäbe es die Möglichkeit, von diesem Verbot abzuweichen,“ verwundert sich Eva-Maria Tempelhahn. „Die Koch-CDU muss sich endlich klar zum Nachtflugverbot bekennen“.

Für die Bewohner der Region bedarf es Klarheit. „Die ohnehin lärmgeplagte Bevölkerung braucht eine deutliche Positionierung der Landesregierung zum Anti-Lärm-Pakt des Regionalen Dialogforums, und keine Nebelkerzen des Ministerpräsidenten Koch“, fordert Tempelhahn.

In die Debatte um den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens hat sich aktuell auch die Frankfurter Industrie- und Handelskammer (IHK) eingeschaltet und sich für ein absolutes Nachtflugverbot ausgesprochen. IHK-Präsident Hans-Joachim Tonnellier wird mit der Aussage zitiert, dass alle hessischen IHKs geschlossen hinter dem Nachtflugverbot stehen.

Die SPD hat hier eine klare Linie: es darf kein Wackeln beim Nachtflugverbot geben. „Nach der Landtagswahl wird die SPD als Regierungspartei die Verantwortung für die Umsetzung und Absicherung des Nachtflugverbots selbstverständlich annehmen“, versprach Eva-Maria Tempelhahn. „Einen Fortschritt hin zu mehr Lebensqualität für die Bewohner der Region um den Flughafen Frankfurt kann es nur mit einer starken SPD geben“, so Tempelhahn abschließend.

„Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Schutz vor Feinstaub stärkt die Position für eine Ortsumgehung in Offenthal“

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig vom 27. September stärkt nach Ansicht der SPD Landtagskandidatin Eva-Maria Tempelhahn auch die Chancen auf eine beschleunigte Realisierung der dringend notwendigen Umfahrung in Dreieich-Offenthal.

„Mit diesem höchstrichterlichen Urteil haben die Leipziger Bundesrichter die Position von Anwohnern, die von negativen Folgen erheblichen Straßenverkehrs besonders betroffen sind, deutlich gestärkt. Zwar handelt es sich bei diesem Fall um einen Rechtsanspruch auf Schutz vor verkehrsverursachtem Feinstaub, aber grundsätzlich treten die negativen Folgen hohen Straßenverkehrsaufkommens meist in Kombination auf. Ortsdurchgangsverkehr wie in Offenthal – auch mit hohem LKW-Anteil – führt zu unerträglicher Lärmbelästigung, Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern und eben auch zu erheblicher Feinstaubbelastung der Anlieger“ erläuterte die Dreieicher Landtagskandidatin.

Sie hofft, dass die Arbeiten zur Planfeststellung der OU Offenthal nun beschleunigt zum Abschluss gebracht werden und der Bund vor dem Hintergrund des Leipziger Urteils einen schnellstmöglichen Bau der Ortsumgehung durch entsprechende Finanzmittelbereitstellung unterstützt.

„Das Urteil macht auch erfreulicherweise deutlich, dass dort, wo die Belastungen am höchsten sind, auch dringend gehandelt werden muss. Während die Südumgehung Buchschlag lediglich geringe Entlastungswirkungen in den betroffenen Stadtstraßen und dementsprechend auch eine geringere Entlastungswirkung von Lärm und Staub mit sich bringt, wären die Entlastungswirkungen der OU Offenthal erheblich“ stellte Eva-Maria Tempelhahn fest.

Abschließend bat die Dreieicher Stadtverordnete und Landtagskandidatin Bürgermeister Dieter Zimmer in der Verwaltung prüfen zu lassen, ob das Leipziger Urteil auch eine Grundlage für eine LKW-Durchfahrtsverbot in Offenthal sein könne.

Das nächste CDU-Desaster

Der Zeitpunkt und die Schnelligkeit des Rücktritts des CDU- Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz kommen überraschend. Auch sein Stadtverordnetenmandat gibt er zurück. Die Mehrfachbelastung von Beruf und doppeltem Ehrenamt ist für niemanden leicht zu stemmen. Noch dazu, wenn man wie bei der CDU einen Partei-Quereinsteiger und Parlamentsneuling mit dem Fraktionsvorsitz betraut. Das konnte nicht von Dauer sein. Außerdem war die parlamentarische Überforderung nicht nur aus Sicht der SPD deutlich. Von daher bedauern wir die Entscheidung von Dr. Scholz politisch nicht, respektieren aber gleichwohl seine privaten Gründe.

Es stellt sich natürlich jetzt die Frage, wer denn die glorreiche Idee hatte, den Neuling Dr. Scholz mit dieser schwierigen und zeitaufwendigen Doppelaufgabe zu betrauen. Die Antwort fällt klar aus, wenn man den Überbringer der Rücktrittsnachricht kennt: „Ehrenvorsitzender“ Rüdiger Hermanns.

Trotz seines eigenen vor zwei Jahren vollzogenen Rücktritts aus der aktiven Politik – zwar ist er jetzt noch ehrenamtlicher Stadtrat – mischt Hermanns als Strippenzieher noch überall unheilvoll mit, hält in der CDU als „Hintergrundvorsitzender“ nach wie vor die Fäden in der Hand und steht jetzt aber – für uns nicht ganz unverhofft – vor dem von ihm selbst angerichteten Scherbenhaufen.

Personale Scherben gab es mit Hermanns in der CDU ja schon einige: Berthold Olschewsky nach der angeblichen Dienstwagenaffäre, fallengelassen wie eine heiße Kartoffel; Andrea Mühl, damals noch Müller, nach dem von Hermanns organisierten erbärmlichen Unter-den-Gürtel-Bürgermeisterwahlkampf mit einer blamablen Wahlniederlage für die Kandidatin und jetzt Dr. Scholz als politische Fehlbesetzung, mehr Opfer als Täter.

Der Aderlass der CDU bei herausgehobenen Positionen ist in letzter Zeit immens. Insider erklären dies mit dem Herrschaftsgebahren des Ehrenvorsitzenden, dem tatsächlichen heimlichen Vorsitzenden der CDU.

Letztlich wäre die von Hermanns herbeigeführte schwere CDU-Krise mit dem vorläufigen Gipfelpunkt des Scholz-Rücktritts eine interne Angelegenheit, würde diese Partei mit ihrem Ehrenvorsitzenden dank der Steigbügelhalter FDP und FWG nicht immer noch die Stadt regieren. Diese Mehrheit wird leider aus Machterhalt trotz aller Blamagen der letzten Zeit noch eine Weile so weiter machen wie bisher. Für die anstehende Landtagswahl im Januar werden wir die Bevölkerung aber darauf hinweisen, dass mit Hartmut Honka schon wieder ein Hermanns-Zögling zur Wahl steht. Kein gutes Omen für ihn. Mit dem Stimmzettel können die Wählerinnen und Wähler der CDU Dreieich die gebührende Quittung verpassen. (Mb)

Hilferuf der Karl-Nahrgang-Schule

Mit einem Anschreiben an politische Entscheidungsträger hat sich die Schulleitung und der Förderverein der Karl-Nahrgang-Schule zu Wort gemeldet, um ihr Konzept zur Offenen Ganztagschule mit pädagogischer Mittagsbetreuung' vorzustellen und um tatkräftige Unterstützung des Vorhabens zu bitten.

Eva-Maria Tempelhahn nimmt als Vorsitzende des Dreieicher Sozialausschusses und als SPD-Landtagskandidatin diesen hauptsächlich an den Kreis Offenbach als Schulträger gerichteten Appell zum Anlass, das Begehren der Karl-Nahrgang-Schule nachhaltig zu bekräftigen.

Eva-Maria Tempelhahn hat sich zum 10-jährigen Bestehen des Fördervereins vor Ort selbst ein Bild von den beengten und zum Teil unzumutbaren Räumlichkeiten und der begrenzten Personalsituation gemacht. Sie zeigt sich begeistert von dem mit Stand Juni 2007 vorgelegten überarbeiteten Konzept der Schule, dessen Vorläufer aber bereits im November 2003 als Antrag für die Einrichtung einer Ganztagschule in offener Form gestellt wurde. Eva-Maria Tempelhahn ist aber enttäuscht, dass sich seitdem an der Götzenhainer Schule nichts entscheidendes getan hat.

Die Schule wird von etwa 180 Kindern besucht, davon hat mindestens ein Drittel akuten Betreuungsbedarf. Aber es können zur Zeit vor und nach dem Unterricht nur knapp 50 Kinder betreut werden. Auch die Nachfrage nach verlängerter Öffnungszeit bis 16 oder 17 Uhr kann nicht gestillt werden. Die betroffenen Eltern brauchen dringend einen Betreuungsplatz, sonst müssen sie sogar ihren Arbeitsplatz aufgeben.

Eva-Maria Tempelhahn appelliert aus eigener Anschauung vor Ort und nach Gesprächen mit den Eltern an den Schulträger, die Prioritätenliste des Kreises zu überdenken und die unzulänglichen Zustände an der Karl-Nahrgang-Schule zu beenden. Notwendige Baumaßnahmen könnten ohne weiteres aus dem Vier-Milliarden-Topf der Bundesregierung, den Hessen noch lange nicht mit seinem Teil ausgeschöpft hat, mitfinanziert werden, so Tempelhahn.

Auch der Arbeitskreis Soziales der SPD, der die Götzenhainer Schulsituation aus verschiedenen Besuchen live kennen gelernt hat, unterstützt die berechtigten Forderungen von Schulleitung und Förderverein.

AK Soziales auf Besichtigungstour zu Spielplätzen



Letzte Woche haben Mitglieder des AK Soziales der SPD-Fraktion alle Spremlinger Spielplätze besucht. Mit dabei war die Landtagskandidatin Eva-Maria Tempelhahn, die gleichzeitig Vorsitzende des Sozialausschusses ist. Die Spielplätzen der anderen Stadtteile werden demnächst besichtigt. Danach erfolgt eine Auswertung der Touren.

AK Soziales bei Ferienspielen

Beim Rundgang über das Ferienspielgelände hat der AK Soziales von der Leiterin der Ferienspiele, Hilke Rütten, nur Positives über Vorbereitung, Programm und Ablauf der Ferienspiele erfahren. Am Ende des ersten Teils der beiden jeweils zweiwöchigen Ferienspiele zog Hilke Rütten eine erfolgreiche Zwischenbilanz.

In den beiden Wochen gab es neben dem abwechslungsreichen Tagesprogramm auf dem Gelände der Breiten Haagwegschneise einige zusätzliche Angebote für die Kinder: Besuch im Schwimmbad, bei den Dreieichhörnchen und dann natürlich als besonderes Highlight eine Nachtwanderung mit anschließender Übernachtung im Zelt auf dem Gelände. Sehr gut angenommen wird von den Kindern der neue Beach-Volleyball-Platz.

Auf unsere Nachfrage zu der Vorbereitung der zwei Betreuerteams für die beiden zweiwöchigen Termine erfuhren wir von Hilke Rütten, dass die rund 60 Betreuerinnen und Betreuer in vier Einführungstreffen und einer zweitägigen Wochenendklausur im Kreisjugendheim Affhöllerbach intensiv vorbereitet wurden. Dabei ging es neben dem Tages- und Organisationsablauf vor allem um die inhaltliche Gestaltung der Ferienspiele – diesjähriges Thema: Piratenschatz – und dann selbstverständlich um rechtliche Fragen der Aufsichtspflicht und einer Auffrischung der Erste-Hilfe-Kenntnisse.

Hilke Rütten konnte uns auch über den guten Betreuungsschlüssel der Dreieicher Ferienspiele berichten. Es stehen drei Betreuer/innen für jede Gruppe von je 20 Kindern zur Verfügung. Von den drei Betreuer/innen sind jeweils zwei schon ferienspielerfahren, d.h. schon einige Male dabei, und der oder die dritte Person ist jeweils das erste Mal mit dabei. Für die beiden Ferienspieltermine wurden von Hilke Rütten zwei getrennte Teams von rund 30 Betreuerinnen und Betreuern eingesetzt.

Nach unserem Vor-Ort-Eindruck und den Gesprächen mit Hilke Rütten, einigen Betreuer/innen und Kindern klappt alles bestens bei den Dreieicher Ferienspielen. Ein dickes Lob an die Organisatoren!

Jahreshauptversammlung der SPD Offenthal am 27.06.2007

Am Mittwochabend hielt der SPD-Ortsbezirk Offenthal in der Philipp-Köppen-Halle seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab.

Vorsitzender Walter Haller konnte unter den Gästen die in Offenthal wohnhaften Bürgermeister Dieter Zimmer, Stadtverordnete und Vorsitzende der Sozialausschusses sowie Landtagskandidatin Eva-Maria Tempelhahn und den Dreieicher SPD Vorsitzenden, sowie Fraktionsvorsitzenden im Kreistag des Landkreises Offenbach, Werner Müller begrüßen.

Haller ging in seinem Jahresbericht nochmals auf das abgelaufene Jahr 2006 ein. So war die Bürgermeisterwahl am 17.09.2006 sowie die Amtseinführung von Bürgermeister Dieter Zimmer am 14.01.2007 ein besonderer Höhepunkt in der 103-jährigen Geschichte der SPD.

Haller erwähnte nochmals, nicht ohne Stolz, dass mit Dieter Zimmer ein Offenthaler Ur-Gewächs als SPD-Kandidat zum Bürgermeister gewählt wurde, die 30-jährige CDU-Vorherrschaft im Dreieicher Rathaus ablöste und dies mit einem Stimmenanteil von 81,4 % im Stadtteil Offenthal.

„Dieses Ergebnis geht in die Analen der Offenthaler SPD ein, denn noch nie hat die SPD oder ein SPD-Kandidat in Offenthal so viele Stimmen erhalten“ so Walter Haller. Haller ist der Meinung, die SPD Dreieich hatte den richtigen Kandidaten zum Bürgermeister, die Bevölkerung aus Dreieich hat dies erkannt, die Partei war motiviert wie noch nie. Auch die jetzige Amtsführung von Dieter Zimmer macht deutlich, dass er mit seiner Weitsicht, Ruhe und Ausgeglichenheit der richtige Mann für das Bürgermeisteramt ist und die Stadt Dreieich nach vorne bringt.

Haller bedankte sich bei den vielen Nichtmitgliedern, die durch Zeitungsanzeigen, den Freundeskreis, Teilnahme an den Info-Ständen und insbesondere den Helfern bei der gigantischen Sieges-Feier am 17.09.2006 Dieter Zimmer und die SPD unterstützten.

Bei den Kommunalen Themen ging Haller u.a. auf die seit Jahrzehnten geplante Umgehungsstraße, die Ganztagschule und den Erhalt des Supermarktes in der Borngartenstraße ein. So war es die Offenthaler SPD, die Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) beim Neujahrsempfang der IHK Offenbach veranlasste eine Aussage zum notwendigen Ausbau der Offenthaler Umgehungsstraße zu machen. Wie bekannt, hat Minister Tiefensee die Finanzierung der Straße, sobald die Planfeststellung in Wiesbaden abgeschlossen ist, zugesagt.

„Mit Eva-Maria Tempelhahn gibt es bei der Offenthaler SPD auch erstmals ein Novum, denn noch nie kommt ein Landtagskandidat oder -Kandidatin aus unserem Stadtteil, und mit Eva-Maria haben wir eine lebenserfahrene Kandidatin, sie war Bürgermeisterin in Usingen und Erste Kreisbeigeordnete im Landkreis Offenbach, die sich berechnete Hoffnungen auf ihre Wahl in den Landtag am 27.01.2008 machen kann“ so Haller u.a. zu dem Thema Landtagswahl.

Bürgermeister Zimmer bedankte sich für die großartige Unterstützung die ihm bei der Bürgermeisterwahl insbesondere von der Offenthaler SPD entgegengebracht wurde. Der große Erfolg sei insbesondere auch durch die Geschlossenheit der Partei und Fraktion in Gesamt Dreieich möglich gewesen.

Zimmer berichtete zum aktuellen Stand der Umgehungsstraße. So hat er Gespräche im Verkehrsministerium in Wiesbaden geführt, sowie mit seinem Kollegen Roland Kern aus Rödermark. Mit dem Bürgermeister aus Rödermark ist er so verblieben, deren Bedenken dürfen keinesfalls dazu führen, dass es zu einer Verzögerung beim dringenden Ausbau in Offenthal gibt. Das LKW-Verbot auf der B 486 sowie der Messeler-, Weiher- und Bahnhofstraße wurde vom Hessischen Verkehrsminister erneut abgelehnt, damit ist der Bau der Straße kurzfristig unumgänglich. „Über Parteigrenzen hinweg, alle Parteien in Dreieich müssen an einem Strang, in eine Richtung ziehen, das müssen wir das hin bekommen. Der unerträgliche Zustand in den Durchgangsstraßen muss ein Ende haben. In meiner 1. Amtsperiode als Bürgermeister (bis 2013), möchte ich das Band für die Umgehungsstraße durchschneiden“ so Dieter Zimmer wörtlich zum Thema Umgehungsstraße Offenthal.

Breiten Raum nahm auch das von Dieter Zimmer favorisierte Thema, Erhaltung des Einkaufsmarktes

in der Borngartenstraße ein. Alle Mitglieder sind sich darüber einig, dass es für den Fortbestand des Einkaufszentrums in der Borngartenstraße wichtig ist, dass der vorhandene Einkaufsmarkt erhalten bleibt. Bürgermeister Zimmer ist davon überzeugt, dass eine Lösung kurzfristig zu erzielen sei und das vorhandene Sortiment weiter in dem Supermarkt eingekauft werden kann. Weiteres Thema war die Kinderbetreuung in den städtischen Kindergärten und die Umgestaltung der Wingertschule als Ganztagschule.

Dieter Zimmer erklärte, damit habe man optimale Voraussetzungen für die Kinderbetreuung, gerade für Berufstätige geschaffen.

Die Kandidatin für die Landtagswahl am 27.01.2008, Eva-Maria Tempelhahn, hat in ihrem Referat „7 Monate vor der Landtagswahl“ auch das Thema aufgenommen, für sie sind die Themen Bildung, Beruf, Familie und Umwelt der zentrale Punkt für die Wahlauseinandersetzung. Wir haben eine geschlossene Partei, mit Andrea Ypsilanti eine engagierte Frau die erstmals als Ministerpräsidentin in die Staatskanzlei in Wiesbaden einziehen kann. Für die Werte Solidarität und Chancengleichheit sei sie schon als Bürgermeisterin und Vizelandrätin eingetreten, und dies wolle sie auch in Zukunft in Wiesbaden tun. Als oberste Priorität ist sie auch für den baldigen Baubeginn für die Offenthaler Umgehungsstraße, und hat auch schon entsprechende Gespräche geführt.

Die Anwesenden waren davon überzeugt, dass Eva-Maria Tempelhahn es verdient hat, direkt in den Landtag gewählt zu werden. Ihre Wahl in das Stadtparlament, wo sie auf der Liste der SPD von Platz 9 auf Platz 6 vorgewählt wurde, macht deutlich, dass Eva-Maria Tempelhahn bei der Dreieicher Bevölkerung beliebt ist, in der Gemeinde Egelsbach und den Städten Langen und Neu-Isenburg ist sie auch durch ihre jahrelange Arbeit anerkannt.

Dagegen wurde ihr Mitbewerber von der CDU in Dreieich bei der Kommunalwahl im März 2006 von Platz 12 auf Platz 16 „zurückgewählt“. Ein gutes Omen, meinen die Offenthaler SPD Mitglieder.

Als Wahlveranstaltung zur Landtagswahl findet in Offenthal am Freitag, dem 26. Oktober 2007 um 19.00 Uhr in der Bühne im Stall in Offenthal ein „Umstädter Weinabend“ mit dem Fernsehmoderator Karl Heinz Stier, Eva-Maria Tempelhahn u.a. statt.

PRESSEMITTEILUNG

der Juso-AG Dreieich



Dreieich, den 25.06.2007

Jahreshauptversammlung der Juso-AG Dreieich vom 23. Juni 2007

Vor der Neuwahl des Vorstands hielt der Juso-Vorsitzende Max Schiemann den Bericht zum vergangenen Geschäftsjahr. Besonders hob er die erfolgreiche Unterstützung zum Aufruf der Verfassungsklage gegen Studiengebühren in Hessen vor.

Nach der Entlastung des Vorstands wählten die Jusos den neuen Vorstand für das kommende Geschäftsjahr. Alte und neue Vorsitzende sind Michael Möck und Max Schiemann, die sich den Posten teilen. Beisitzer sind: als Neumitglied Celina Gharadaghy; wiedergewählt wurden Can Demirörs und Jan Eric Filipczak. Can Demirörs übernimmt auch die Schriftführung.

Auf der diesjährigen Agenda der Jusos steht neben der Mitgliederwerbung der Wahlkampf für die im Januar 2008 anstehende Landtagswahl. Ziel ist, das Direktmandat für SPD-Landtagskandidatin Eva-Maria Tempelhahn zu holen und Ministerpräsident Roland Koch durch Andrea Ypsilanti abzulösen.

Nähere Informationen zu den Positionen und Aktionen der Juso-AG Dreieich finden sich im Internet unter www.jusos-dreieich.de

Gez.
Juso-AG Dreieich
Michael Möck

Besuch beim Beratungszentrum West

Der AK Soziales hat dem Beratungszentrum West im Rathaus Dreieich einen Informationsbesuch abgestattet. Die Einrichtungsleiterin Gudrun Nagel und ihr Kollege Peter Burkert, Schuldnerberater, haben uns einen umfassenden Überblick über das vielfältige Angebot für die Westkreisorte Neu-Isenburg, Dreieich, Langen und Egelsbach gegeben. Das „Experiment“ – so drückte es Gudrun Nagel aus –, drei Beratungsangebote aus verschiedener Trägerschaft unter einem Dach zu vereinen, funktioniert ausgezeichnet. Die erfolgreiche Zusammenführung der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes, der Suchtberatung des Suchthilfezentrums Wildhof und der ehemaligen Psychologischen Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in der Eisenbahnstraße ist zu aller Zufriedenheit gelungen, so Gudrun Nagel.

Annähernd 1400 Fälle wurden im vergangenen Jahr im Beratungszentrum bearbeitet und zwar in den drei genannten Bereichen, die im April letzten Jahres zusammengelegt worden sind. Der AK Soziales war beeindruckt von der hohen Zahl an Ratsuchenden mit psychosozialen Problemen, aber auch gleichzeitig beeindruckt von der damit verbundenen Akzeptanz des 10-köpfigen Beraterteams. Die uns vorgetragenen Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsintensität lassen den bewundernden Schluss von zähem Einsatz, hoher Motivation und großem sozialem Engagement zu. Zumal für alle drei Beratungsbereiche nur dreieinhalb volle Stellen zur Verfügung stehen. Im Verlaufe des Gesprächs legte Gudrun Nagel besondere Wert auf die Feststellung, dass jede Beratung den Grundsätzen der Vertraulichkeit, der Freiwilligkeit und der Kostenfreiheit unterliegt.

Der AK Soziales kann jetzt nach seinem Besuch und dem intensiven Gespräch die wertvolle Arbeit des Beratungszentrums noch mehr als bisher schätzen und würdigen. Erfreut waren wir auch über die modernen und gut ausgestatteten Räume.

An dem Besuch haben teilgenommen: Die Vorsitzende des Sozialausschusses Eva-Maria Tempelhahn, der AK-Leiter Rolf Mühlbach, Gisela Schäfer, Dietlind Schwalb und Gretl Wlassak. Als Sozialdezernent hat sich Bürgermeister Dieter Zimmer es sich natürlich nicht nehmen lassen, an dem Gespräch teilzunehmen.

Parkschwimmbad: Längere Öffnungszeiten müssen her!

Der AK Soziales der SPD-Fraktion fordert für das Parkschwimmbad in Sprendlingen längere Öffnungszeiten. Bei dem jetzigen sommerlichen Wetter ist das Bad zwar länger als nur von morgens 9 Uhr bis abends 18 Uhr auf, doch die Öffnungszeiten müssen langfristig den ganzen Sommer über länger und vor allem verlässlich sein. Ähnlich wie in Langen von 8 Uhr bis 20.30 Uhr oder wie in Neu-Isenburg an heißen Tagen sogar bis 21 Uhr.

Mit diesem besseren Kundenservice könnten auch wieder Schwimm- und Badeabwanderer aus den Nachbarstädten zurückgewonnen werden. – Die kürzlich vom Parkschwimmbad noch einmal angepriesenen Saisonkarten zu ermäßigten Preisen können allein das angeschlagene Image nicht kurzfristig aufpolieren. Da muss mehr passieren. Die benutzerunfreundlichen Schwimmzeiten im Sprendlinger Bad müssen geändert werden.

Besonders Arbeitnehmer würden sich über ein belebendes Schwimmen morgens ab 8 Uhr und eine erfrischende Abkühlung nach getaner Arbeit in Zukunft freuen. Aber sicherlich nicht nur diese große Bevölkerungsgruppe.

Der AK Soziales hofft auf eine baldige akzeptable Dauerlösung im Sinne der Schwimm- und Bade-Fans hier in Dreieich.

PRESSEMITTEILUNG

der Juso-AG Dreieich



Dreieich, den 03.06.2007

Mehr als 140 Dreieicher unterstützen nach Aufruf der Jusos die Verfassungsklage gegen Studiengebühren

Nachdem die Dreieicher Jusos in den letzten drei Monaten insgesamt 5.000 Infobriefe über eine mögliche Verfassungsklage gegen die von der hessischen Landesregierung beschlossenen Studiengebühren verteilt haben, konnten die Jusos am Mittwoch bekannt geben, dass 141 Dreieicher diesem Aufruf gefolgt sind. Sogar aus Langen und Erzhausen kamen Klageformulare bei den Jusos an. Hinzu kommt noch die Anzahl der Formulare, die direkt an den AStA geschickt wurden.

Die Initiatoren – Studierendenvertretung an der Goethe-Uni Frankfurt – mussten mindestens 43.308 Unterschriften wahlberechtigter Hessen sammeln, um eine Verfassungsklage einreichen zu können. Obwohl die Bürger, falls sie die Klage unterstützen wollten, erst den Weg zum Bürgerbüro antreten mussten, um ihre Unterschriften beglaubigen zu lassen, wurden hessenweit mehr als 62.500 Unterschriften gesammelt und die Mindestvorgabe um fast 20.000 überschritten. Am 22. Juni soll die Verfassungsklage eingereicht werden.

Die Dreieicher Jusos, die die Unterstützung des Bürgerbüros hatten, sind über die mehr als 140 gesammelten Unterschriften sehr stolz, da dies eine Rücklaufquote von ungefähr 3 % bedeutet und somit weit über dem hessischen Durchschnitt von knapp 1,5 % liegt. Die Jusos sehen darin ein überdurchschnittliches Interesse und Engagement der Dreieicher Bürgerinnen und Bürger an der Politik.

Das Fazit der Dreieicher Jusos: „Wir sind wirklich froh über dieses tolle Ergebnis und freuen uns, dass sich politisches Engagement in Dreieich mehr als auszahlt. Daher möchten wir uns im Namen der Studiengebührengegner bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Stimme erhoben haben, bedanken und hoffen, dass die Klage erfolgreich sein wird.“

Gez.

Jan Eric Filipczak
Juso-AG Dreieich

Foto:

Michael Möck und Max Schiemann von der Juso-AG Dreieich bei der Übergabe der 141 Klageformulare an die Sekretärin des AStA Frankfurt, Regine Nicoleit.

Späte Einsicht ist besser als keine

Voraussichtlich ab Juni wird montags die Bücherei in Sprendlingen wieder offen sein. Diese Nachricht begrüßten der Vorstand des Ortsbezirks Sprendlingen der SPD und die anwesenden Mitglieder ausdrücklich bei ihrem monatlichen Treffen im Bürgerhaus Sprendlingen. Einig war man sich, dass die Koalition aus CDU, FWG und FDP aufgrund des Berichtes der Bücherei, nun hoffentlich begreift, welche negativen Auswirkungen ihre vor fünf Monaten gefassten Beschlüsse: Nichtbesetzung einer vakanten Stelle in der Bücherei und Einführung von Ausleihgebühren für Erwachsene auf die Besucherzahlen der Sprendlinger Bücherei hatten.

Seinerzeit stellte man sich taub gegenüber den wohlbegründeten Argumenten der SPD, des Bürgermeisters Dieter Zimmer und Grüne/BI-Fraktion, welche die negativen Auswirkungen auf das Betriebsergebnis der Sprendlinger Bücherei thematisierten, ebenso verpufften die Bitten von Schulen und Bürgern.

Nun, nach der dreimonatigen Prüfphase, beweist der Bericht, wie undurchdacht und im Ergebnis kontraproduktiv die damalige Entscheidung war. Nicht nur die Besucherzahlen sind eingebrochen, auch die Gebühren haben außer einem erheblichen Verwaltungsaufwand, nicht zu den erhofften Mehreinnahmen für den Ankauf von Medien geführt, zumal auch der Landeszuschuss damit komplett entfallen ist. Nur durch entschlossenes Handeln kann dieser negativen Entwicklung gegengesteuert werden.

In der Magistratssitzung wurde deshalb beschlossen, die vakante Stelle wieder zu besetzen. Die Bücherei kann nun montags wieder geöffnet werden. Trotzdem bleibt die Personalsituation auch nach Besetzung dieser Stelle noch immer angespannt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Besucherzahlen bis zum Jahresende wieder ansteigen und das Bündnis aus CDU, FWG und FDP sich bis Ende des Jahres dazu durchringt, die Ausleihgebühren wieder zu streichen. Auch eine späte Einsicht ist in diesem Fall noch geeignet, die bewusst herbeigeführte Scharte noch einmal auszuwetzen.

PRESSEMITTEILUNG

der Juso-AG Dreieich



Dreieich, den 02.05.2007

Dieter Zimmer gegen Studiengebühren Dreieicher Bürgermeister unterstützt Aufruf zur Verfassungsklage

Zahlreiche Argumente stehen gegen Studiengebühren – genauso wie die Hessische Verfassung. Diese macht deutlich, dass die Möglichkeit zu studieren nicht von der finanziellen Situation abhängen darf. Daher rufen die Allgemeinen Studentenausschüsse der Hessischen Hochschulen dazu auf, gegen die Studiengebühren vor Gericht zu gehen. 43.000 Hessen müssen dafür Anträge auf eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs ausfüllen. Etwa 33.600 Unterschriften haben die Initiatoren schon zusammen. Interessierte können sich noch bis Ende Mai dem Aufruf anschließen.

Bürgermeister Dieter Zimmer hat auf Anfrage der Jusos mitgeteilt, dass er den Aufruf zur Verfassungsklage schon längst unterschrieben hat. Er unterstützt daher auch die Aktion der Jusos und würde sich freuen, wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger Dreieichs ebenfalls dem Aufruf folgen würden.

„Es gibt zahlreiche Argumente gegen die Einführung von Studiengebühren:

Hessen braucht mehr Hochschulabsolventen, wenn es national und international weiter mithalten möchte. Mit rund 20% liegt Hessen deutlich unter dem Schnitt der Industrienationen, wo rund 35% eines Jahrgangs einen Hochschulabschluss erwerben. Anstatt einen Anreiz zum Studieren zu schaffen werden hohe Kosten für ein Studium junge Menschen in Hessen eher von der Aufnahme eines Studiums abhalten.

Studiengebühren verhindern außerdem Bildungsgerechtigkeit, denn Absolventen aus Familien mit durchschnittlichem oder schwachem Einkommen beginnen nach einem Studium ihr Berufsleben mit einem fünfstelligen Schuldenberg – im Gegensatz zu jungen Menschen aus besser verdienenden Familien. Das wird dazu führen, dass einige dieser Kinder erst gar kein Studium anstreben. Das hat wiederum den Effekt, dass Hessen noch weniger Studienabgänger hat und Schulabgänger mit Real- und Hauptschulabschluss weniger Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Damit verstärken Studiengebühren den Verdrängungseffekt nach unten und behindern durch hohe Schulden auch die Familien- und Existenzgründung. Studiengebühren sind deshalb sozial ungerecht und müssen verhindert werden.“, so Dieter Zimmer. „Bildung ist hoheitliche Aufgabe des Staates und darf nicht zu Lasten der Studierenden gehen.“

Zu den bisher anfallenden Gebühren, die ein Studierender zur Zeit schon zu zahlen hat, gehören die Immatrikulationsgebühren sowie Unterrichtsmaterialien wie Bücher oder Fotokopien.

Die Jusos freuen sich, dass ihre Aktion von Dieter Zimmer unterstützt wird und rufen die Bürger Dreieichs eindringlich dazu auf, die Verfassungsklage mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Den Unterzeichnern entstehen keinerlei Nachteile – die Unterschrift verpflichtet zu nichts.

In den letzten Wochen haben die Mitglieder der Juso-AG Dreieich Verfassungsklage-Formulare an einen Großteil der Dreieicher Haushalte verteilt. Wer kein Formular bekommen hat bzw. noch weitere braucht, kann bei Max Schiemann anrufen (Tel. 06103-312293) oder das Formular auf der Website der Jusos – www.jusos-dreieich.de – herunterladen.

Gez.
Juso-AG Dreieich
Michael Möck, Max Schiemann

Foto: Michael Möck und Max Schiemann, die Vorsitzenden der Juso-AG Dreieich, im Gespräch mit Dieter Zimmer.

Buchschlag hat gewählt!

Auf der Jahreshauptversammlung des SPD Ortsbezirks Buchschlag wurde der bisherige **1. Vorsitzende Hans-Peter am Weg** einstimmig wieder gewählt. Seine Vertreter sind **Siegfried Kolsch** und **Michael Jesgarek**. Alle drei Vorstandsmitglieder sind auch Stadtverordnete, so dass die Buchschlager Belange gut vertreten werden können. Als Beisitzer im Vorstand arbeiten **Anneliese Hermann, Monika Jesgarek und Jürgen Scheuring**. Die Kasse wird von **Hans-Peter am Weg** geführt.

Der Vorstand informierte über seine bisherige Arbeit, wobei die guten Wahlergebnisse bei der zurückliegenden Kommunal- und Bürgermeisterwahl als gute Motivation für neue Aufgaben dienen. Große Aufmerksamkeit wird der Vorstand der weiteren Entwicklung der von den meisten Buchschlager Bürgern abgelehnten Südumfahrung Buchschlag/ Sprendlingen widmen. Die neuen Erkenntnisse (weniger prognostizierte Fahrzeuge, reiner Flughafenzubringer) sprechen immer mehr gegen diese unnötige Straßenplanung. In einem neuen Bürgerbrief wird auch die Position der SPD zum Bürgersaal Buchschlag aufgezeigt werden und auch zum Sommerausflug eingeladen. Weiterhin sieht der Vorstand Handlungsbedarf bei den Parkmöglichkeiten am Bahnhof Buchschlag.

Siegfried Kolsch

PRESSEMITTEILUNG

der Juso-AG Dreieich



Dreieich, den 11.03.2007

„Es geht um die Zukunft der freien Bildung“ Dreieicher Jusos gegen Studiengebühren in Hessen

Die CDU-Mehrheit im Hessischen Landtag hat im Oktober 2006 das „Studienbeitragsgesetz“ verabschiedet. Somit müssen Studierende ab dem kommenden Wintersemester mindestens 500 Euro Studiengebühren für jedes Semester zahlen.

Die Hessische Verfassung sieht dagegen vor, dass ein Hochschulstudium unentgeltlich zu sein hat. Als einzige Ausnahme gestattet die Verfassung Gebühren für diejenigen, die sich solche leisten können. Somit wird mit dem Studienbeitragsgesetz die Ausnahme zur Regel gemacht.

Es gibt zwar die Möglichkeit, ein Darlehen bei der hessischen Landestreuhandstelle zu beantragen, aber wer möchte schon nach Beendigung seiner Berufsausbildung jahrelang die Schulden daraus zurückzahlen? Wer nicht will, dass junge Menschen mit Schulden ins Berufsleben gehen müssen, sollte die Verfassungsklage gegen Studiengebühren in Hessen unterstützen. Dabei sollte man vor allem auch an die Zukunft seiner Kinder oder Enkelkinder denken.

Durch die Verfassungsklage, die von einem Prozent der wahlberechtigten Hessinnen und Hessen (43.308 Menschen) unterschrieben werden muss, wird beim Staatsgerichtshof beantragt, dass das Gesetz zur Einführung von Studienbeiträgen an den Hochschulen des Landes mit Artikel 59 der Verfassung des Landes Hessen unvereinbar und nichtig ist.

Die Juso-AG Dreieich bittet alle wahlberechtigten Hessinnen und Hessen, gemeinsam das Studienbeitragsgesetz vor den Staatsgerichtshof zu bringen, indem sie die Verfassungsklage gegen Studiengebühren mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Die Jusos verteilen in diesen Tagen Briefe mit dem Aufruf zur Unterstützung der Verfassungsklage an viele Dreieicher Haushalte. Wer kein Klageformular in seinem Briefkasten hatte oder weitere Formulare benötigt, kann sich am Michael Möck (Tel. 0178-3025736) oder Max Schiemann (Tel. 06103-312293) wenden. Darüber hinaus kann man das Formular sowie weitere Infos unter www.jusos-dreieich.de finden.

Gez.

Juso-AG Dreieich
Michael Möck

Dreieich, den 27.02.2007

Zu den Äußerungen von Monika Schmidt und Jürgen Kreher in der Offenbach-Post vom 26.02.2007

Zur Zeit ist in Dreieich die Unsitte sehr populär, politisch anders denkende Menschen über das übliche Maß hinaus zu kritisieren. Dies ist zugegeben auf gewisse Art und Weise nachvollziehbar. Dass nun jedoch auch schon „gleichgesinnte“ angegriffen werden, ist verwunderlich.

Aber der Reihe nach: Am 08.06.2006 hat die Jahreshauptversammlung der Dreieicher SPD – auf Initiative der Juso-AG – beschlossen, dass sich die SPD-Fraktion grundsätzlich für den Erhalt des Parkschwimmbades einsetzen soll. Sie soll alle Sanierungsoptionen prüfen. Vor der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung ist eine Mitgliederversammlung durchzuführen. Zur Info: In den beiden darauf folgenden Monaten wurde auch darüber in diversen Zeitungen berichtet.

Seither ist nicht viel geschehen. Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene „Spaßbad-Variante“ liegt auf Eis. Weitere Entscheidungen werden erst getroffen, wenn die Auswertung zum Sanierungskonzept des „Fördervereins Parkschwimmbad“ vorliegt. So lange hier nichts passiert, kann man sich wünschen, dass das Parkschwimmbad in seiner jetzigen Form erhalten bleibt – das haben wir Jusos mit unserer letzten Pressemitteilung geäußert. Wie es weiter geht, sehen wir, wenn es neue Erkenntnisse gibt.

Wir halten es zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht, wegen einer Sache auf die Straße zu gehen, die noch nicht beschlossen ist. Denn solange die Tendenz nicht eindeutig in Sachen „Spaßbad“ geht, ist die Bestandssanierung auch noch nicht verworfen.

Michael Möck und Max Schiemann
Juso-AG Dreieich

PRESSEMITTEILUNG

der Juso-AG Dreieich



Dreieich, den 20.02.2007

Zum Parkschwimmbad Sprendlingen

80 Jahre Parkschwimmbad – eigentlich ein Grund zum feiern, denn man kann stolz sein, schon seit 80 Jahren ein Freibad zu haben. Dieses ist nämlich im Sommer der Ort, an dem man sich von den überhitzten Schulgebäuden erholen, nach der Arbeit entspannen und sich sportlich betätigen kann.

Jedoch trüben diese Stimmung die Spargedanken der Kommunalpolitiker, die nach und nach merken, dass alle Geldquellen in Dreieich versiegen. Daher lautet die Devise nach den großartigen Versprechungen der letzten Jahre nun „Wo ist Geld zu sparen?“.

Dass sich Dreieich bei einem schier unvorstellbaren Schuldenberg und vergleichsweise schlechten Steuereinnahmen den Umbau des Freibads in ein (wirtschaftlich sehr fragliches) Spaßbad nicht leisten kann ist klar. Jedoch gibt es einen Alternativvorschlag des „Förderverein Parkschwimmbad“, der wesentlich günstiger und unserer Meinung nach auch wesentlich klüger ist. Dieser kostet mindestens eine Million Euro (zwei Millionen Euro weniger als die Spaßbad-Variante), aber eigentlich auch zu viel für die Finanzen der Holding und der Stadt Dreieich.

Allerdings lautet die Frage, ob ein Freibad nur ein Kostenverursacher ist, oder ob dieses gesellschaftliche Arbeit leistet?

Denn ein Freibad holt die Jugendlichen vom Fernseher oder von der Straße und fördert den Sport. Gerade für Leute die nicht in den Urlaub fahren ist das Freibad im Sommer ein attraktives Ziel. Und gerade in Zeiten, in denen kaum noch Gelder in Spielplätze, Jugendclubs oder ähnliches investiert werden, ist das Freibad als Freizeiteinrichtung noch wichtiger. Daher sind hierbei die Kosten nachrangig und die Kommunalpolitiker sollten lieber versuchen anderweitig Geld einzusparen.

Gez.

Juso-AG Dreieich
Jan Eric Filipczak

SPD-Ortsbezirk Dreieichenhain

Haus Dietrichsroth in guten Händen

Die SPD-Vorsitzende Gisela Schäfer und einige Dreieichenhainer Vorstandsmitglieder haben dem Haus Dietrichsroth einen Besuch abgestattet. Von der Einrichtungsleiterin Karin Schnaudt und der Pflegedienstleiterin Erika Gems wurde das Besucherteam umfassend über die Leistungen des Altenpflegeheimes informiert.

Seit Anfang 2006 hat mit den Johannitern ein kompetenter und erfahrener Träger die Leitung des Hauses übernommen. Im Dietrichsroth stehen insgesamt 102 vollstationäre Pflegeplätze zur Verfügung, davon sieben für Kurzzeitpflege. Für die Vollzeitpflege gibt es kaum mehr Wartezeiten, kann Karin Schnaudt zufrieden berichten. Dazu kommen die Angebote für die Tagespflege. Hier stehen zwanzig Plätze von Montag bis Freitag von morgens 8.00 Uhr bis nachmittags 16.30 Uhr bereit, die von den Betroffenen – je nach Bedürfnis – tageweise oder die ganze Woche über in Anspruch genommen werden können. Bei Interesse kann ein unverbindlicher, kostenloser Probetag vereinbart werden. Erika Gems und Karin Schnaudt werben für den Pflegeansatz ihres Hauses, der beinhaltet, dass Ältere, Pflegebedürftige oder Behinderte so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben sollten. Tagsüber wird vom Haus Dietrichsroth die Grund- und Behandlungspflege vorgenommen. Es werden therapeutische Angebote wie Gymnastik, Gedächtnistraining, Gesprächskreis, Musizieren und einiges mehr gemacht. Es finden psycho-soziale Beratungen – auch für Angehörige – statt und natürlich werden auch die Mahlzeiten im Pflegeheim – und zwar gemeinsam – eingenommen.

Das betreute Wohnen im Haus im Hayn wird von den Kräften im Haus Dietrichsroth ebenfalls mit versorgt.

Im Gespräch beklagte Karin Schnaudt, dass es aufgrund von gesetzlichen Vorgaben leider nicht möglich sei, spontan notwendige Tagespflege auch halbtags anzubieten. Gerade pflegende Angehörige, die zu Hause rund um die Uhr da sein müssen, könnten sich so auch ab und zu mal eine Auszeit für dringend nötige Erledigungen nehmen.

Der Verein Bürgerhilfe, so versicherten Erika Gems und Karin Schnaudt, will die jahrelang finanziell unterstützte Abteilung der Bewegungs- und Beschäftigungstherapie auf alle Fälle erhalten und wenn möglich erweitern. Spenden hierfür wären sehr willkommen, denn von den Kostenträgern, d.h. der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe, werden diese Therapiemaßnahmen nur in sehr geringem Umfang finanziert.

Die SPD Dreieichenhain hat nach diesem intensiven Gespräch mit den beiden Leiterinnen des Hauses Dietrichsroth den sehr positiven Eindruck, dass mit der Übernahme der Johanniter nach Jahren der Turbulenz jetzt wieder alles rund läuft. Deshalb kann aus Sicht des Besucherteams in diesem Jahr das stolze Jubiläum „30 Jahre Haus Dietrichsroth“ gebührend gefeiert werden.

Mitte Februar 2007

Offener Brief an den Magistrat der Stadt Dreieich zum Sport- und Gesundheitspark Maybachstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion bittet Sie, bei der geplanten Weiterverfolgung des Konzeptes „Sport- und Gesundheitspark Maybachstraße“ in Abstimmung mit den Projekt-Vorstellern Jörg Wagner (FV 06 Sprendlingen) und Bertram Schröder (Architekt) unter anderem folgende Fragen zu klären:

1. Wie sollen die städtischen Grundstücke übertragen werden? Durch Erbbaupacht? Verkauf? Schenkung?
2. Wie stellt sich die Rentabilitätsberechnung bzw. der Finanzplan dar?
3. Welche Bankenzusagen liegen vor?
4. Wie sieht der Zeitplan aus?
5. Was geschieht im Falle einer Insolvenz der Betreibergesellschaft während der Bauphase und nach Fertigstellung und Betrieb?
6. Wie wird zweifelsfrei sichergestellt, dass wie bisher die Vereine und Schulen dann den Sport- und Gesundheitspark kostenlos nutzen können?
7. In welcher Form wird während der Bauzeit der Sportbetrieb aufrecht erhalten?
8. Wie ist das zu verstehen, wenn die Herren Wagner und Schröder behaupten, die laufenden Kosten der Stadt Dreieich für die Bewirtschaftung bzw. Instandhaltung des Sportfeldes würden drastisch reduziert?

Diese und mögliche weiteren Fragen sind in nächster Zeit zu beantworten, damit dann die städtischen Fachausschüsse und die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung fällen können. Ganz entscheidend für die SPD-Fraktion ist der definitive Ausschluss eines jedweden finanziellen Risikos für die Stadt Dreieich. Nicht nur wir, sondern die ganze Stadtverordnetenversammlung sind noch immer für lange Zeit gebrannte Kinder wegen des finanziellen Fiaskos mit dem Ulmenhof. Das darf nie wieder passieren. Und dieses Mal sind die geschätzten Gesamtkosten mit 30 bis 35 Millionen Euro noch deutlich höher als damals beim Ulmenhof. Es ist also allergrößte finanzielle Planungsseriosität angesagt.

Wir bitten den Magistrat um verlässliche Entscheidungshilfen für alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung.

Im Auftrag der SPD-Fraktion
Rolf Mühlbach, Pressesprecher

Mitte Februar 2007

14.02.2007 – SPD-Fraktion Dreieich

Vollendete Tatsachen: Alte Eiche gefällt

Die SPD-Fraktion ist überrascht und verärgert über die Nacht-und-Nebel-Aktion, die zum Fällen der 100jährigen Eiche am Pfortnerhaus auf dem Dentsply-Gelände geführt hat. Verärgert deshalb, weil die letzte öffentlich bekannte Aussage vom Bauträger und Projektentwickler Herrn Werkmann auf den Erhalt der alten Eiche ausging. Dazu ist im Protokoll des Haupt- und Finanzausschusses vom 13. Juni 2006 eindeutig festgehalten: „Herr Metzen (Grüne) fragt, ob die ca. 100 Jahre alte Eiche am Pfortnerhaus erhalten bleibt. – Dies wird von Herrn Werkmann bejaht.“

Nun nach Monaten des Schweigens diese Ruck-Zuck-Aktion des Bauträgers ohne zumindest den Fachausschuss über den Sinneswandel zu informieren. Dieses Verhalten des Bauträgers ist moralisch verwerflich, zeugt von miserabilem Kommunikationsstil und lässt für die weitere Zusammenarbeit zwischen Bauträger und städtische Gremien nichts Gutes erwarten.

Der von der Baustadträtin Andrea Müller in diesem Zusammenhang gemachten Aussage „die große Eiche war laut Gutachten nicht mehr zu retten“, müssen wir auch deshalb mehr als kritisch hinterfragen, weil den SPD-Stadtverordneten und erst recht nicht unseren Bauausschussmitgliedern kein spezielles Eichen-Gutachten vorliegt. Falls es so ein Geheimgutachten geben sollte, hätte es den Stadtverordneten nach dem monatelangen Ringen um den Erhalt der Eiche vorgelegt werden müssen. Auch dies ist kein guter Stil.

Ak-Soziales im Juz in Dreieichenhain

Das Jugendzentrum in Dreieichenhain wird von den Jugendlichen zwischen 12 und 23 Jahren gut angenommen. Davon hat der Leiter des Dreieichenhainer Juz, Dirk Libbach, den Mitgliedern des Ak-Soziales der SPD-Fraktion berichtet. Die Besucherzahlen schwanken täglich zwischen 15 und 25 Personen. Der Kern der Besucher sind jüngere Jugendliche, die die unterschiedlichen Angebote gerne annehmen. Dazu gehört der Medienraum mit Internetnutzung, der Probenraum im Keller, der von drei Bands genutzt wird, die Küche, wo unter Anleitung eifrig gekocht werden kann, der spezielle Mädchentreff, wohin sich die Mädchen für sich und unter sich zurückziehen können und nicht zuletzt der Partyraum mit sehr besuchten Jugend-Kulturveranstaltungen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Juz ist der gute Kontakt zu den Jugendlichen das A und O ihrer pädagogischen Arbeit und sie versuchen auch immer aktuell, auf die Wünsche der Jugendlichen einzugehen, so Dirk Libbach.

Ein besonderes Projekt verfolgt den Übergang von der Schule zum Beruf. Das Projekt findet in Kooperation mit den Dreieicher Hauptschulen statt und versteht sich als Ergänzung zur schulischen Ausbildung mit dem Ziel, persönliche und soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler zu erweitern, um ihnen den Weg in den Beruf zu erleichtern.

Ein weiteres Ziel der Jugendarbeit im Juz ist es, die Migrantenkinder noch weiter sprachlich zu fördern und damit zur Integration beizutragen.

Dirk Libbach und sein Team sind mit der Ausgestaltung des Juz und den Arbeitsbedingungen sehr zufrieden. Sie wünschen sich allerdings als einziges wenn möglich noch eine Ausdehnung der Jugend-Kulturveranstaltungen von den eigenen zu engen Räumen in größere Veranstaltungsräume in Dreieich. – Der Ak-Soziales wird sehen, was sich da in Zukunft machen lässt.

SPD-Ortsbezirk Offenthal

Jahresprogramm für 2007/2008

Der Vorstand des Ortsbezirks Offenthal besprach in seiner letzten Sitzung das Programm für 2007 bis zur Landtagswahl am 27.1.2008.

Am Aschermittwoch, dem 21.2.07 steht um 19:00 Uhr das Heringessen beim Schnitzelwirt in Offenthal an.

Ein wichtiger Termin ist der 22.3.07, bei dem die Offenthaler Stadtverordnete Eva-Maria Tempelhahn in das parteiinterne Auswahlverfahren als Landtagskandidatin für den Westkreis Offenbach geht. Es gibt noch zwei weitere Bewerber bei der SPD. Die Offenthaler Genossinnen und Genossen sind zuversichtlich, dass Eva-Maria Tempelhahn mit ihrer politischen Erfahrung als ehemalige Bürgermeisterin von Usingen, als Vizelandrätin im Landkreis Offenbach und jetzt als Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses in der Stadtverordnetenversammlung in Dreieich, die Nase vorne hat. Frau Tempelhahn genießt auch im Lager von nicht-Stammwählern der SPD großes Ansehen. Die Offenthaler sind davon überzeugt, dass Frau Tempelhahn auch bei der Landtagswahl am 27.1.08 im Wahlkreis 46 (Egelsbach, Dreieich, Langen, Neu-Isenburg) gute Chancen hat, direkt in den Landtag gewählt zu werden, zumal auch die FWG mit einer eigenen Liste in die Landtagswahl ziehen wird.

Als weitere Aktivitäten sind eine Kräuterwanderung im März/April 2007 vorgesehen, die Besichtigung des Flughafens in Egelsbach mit den Dreieichenhainer Genossinnen und Genossen sowie ein Grenzgang zwischen Offenthal und Götzenhain.

Im Oktober 2007 ist ein Weinabend mit dem Fernsehmoderator Karl-Heinz Stier vorgesehen. Karl-Heinz Stier hat schon zugesagt.

Themen können in diesem Jahr auch die Umgehungsstraße Offenthal und der Neubau eines Lebensmittelmarktes werden, wenn in den nächsten Monaten keine Entscheidungen hierzu fallen.

Anfang Februar 2007

25.1.2007 – SPD-Fraktion Dreieich

„Wer in der Küche arbeitet, muss Hitze vertragen können“,

meint die SPD-Fraktion zur neuesten Pressemitteilung der CDU Dreieich zur geplanten Wahl von Stadträtin Müller als Erste Stadträtin der Stadt Dreieich.

Diese Pressemitteilung macht deutlich wie dünnhäutig die CDU Dreieich mit ihrem Vorsitzenden Matthias Scholz geworden ist, wenn sie jetzt schon versucht, sich gegen Leserbriefe zu wehren.

In der Vergangenheit war es nicht üblich, dass Parteien in Dreieich auf Leserbriefe reagieren. Offensichtlich fühlt sich die CDU so unter Druck, dass jetzt auch Leserbriefe zum Anlass genommen werden, sich zu rechtfertigen. Dabei sollte man doch bei der heutigen Staatsverdrossenheit froh sein, wenn Bürger/innen ihre Meinung öffentlich vertreten.

Tatsache ist doch, dass Frau Müller bei der Bürgermeisterwahl am 17.9.06 mit 26,1% von den Wählerinnen und Wählern in Dreieich eine eindeutige „Beurteilung“ bekommen hat. Wenn nur fast ein Viertel der Wählerinnen und Wähler Frau Müller das Vertrauen aussprechen, dann aber drei Parteien (CDU, FDP, FWG) im Dreieicher Stadtparlament Frau Müller als „Belohnung“ zur Ersten Stadträtin befördern wollen, dann ist dies ein Stück aus dem Tollhaus. Ein bisher einmaliger Vorgang in Dreieich!

Richtig ist im Leserbrief – und wir können das nur bekräftigen –, dass Frau Müller bei den vorauseilenden Planungskosten für die Südumgehung Buchschlag/Sprendlingen als Landesstraße mit 400.000 Euro (als nicht notwendige Ausgabe), dann insbesondere beim Ausbau des Dachgeschosses im Bauamt in Dreieichenhain mit 145.000 Euro Mehrkosten und jüngst beim Bau des Kreisels in Sprendlingen mit 50.000 Euro Mehrkosten verantwortlich ist, die der Steuerzahler in Dreieich zu zahlen hat.

Gebetsmühlenartig wiederholt die CDU auch immer wieder die Behauptung, die Ansiedlung von BMW wäre das Verdienst von Frau Müller, obwohl doch alle Welt weiß, dass der ehemalige Bürgermeister Berthold Olschewsky BMW für Dreieich akquiriert hat.

Die Pressemitteilung der CDU gipfelt mit der unwahren Behauptung, Frau Müller sei der Bau der Umgehungsstraße Götzenhain zu verdanken. Fakt ist, dass es sich um ein Projekt des Landes Hessen handelt. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit den Stimmen aller Fraktionen im Stadtparlament die Vorfinanzierung der Straße beschlossen.

Fazit: Die Tatsachen im Leserbrief treffen zu. – Und wenn Matthias Scholz kritisiert, dass Leserbriefschreiber/innen sich „in der Regel nie persönlich“ (Zitat Scholz) für Dreieich einsetzen, so klingt das so, als solle nur der Kritik äußern dürfen, der auch aktiv im Geschehen mitwirkt. Falsch! Demokratische Rechte sind an solche Bedingungen nicht gebunden.